

Tages Anzeiger

DIE UNABHÄNGIGE SCHWEIZERISCHE TAGESZEITUNG

WWW.TAGESANZEIGER.CH

AUFLAGE 216 411 • 115. JAHRGANG, NR. 338 FR. 3.- (inkl. 2,44 MwSt.), Ausland: €

Lauterbrunnen: In einem Monat sind drei Basejumper zu Tode gestürzt. Das hält andere nicht vom Springen ab. 5



Bagdad: Auf Patrouille mit amerikanischen Soldaten in einer Al-Qaida-Hochburg. 12

Lohn: Wer in sein Aussehen in Zeit investiert, verdient mehr. gilt für Frauen wie für Männer

Asbestopfer sollen länger klagen können

Bern. - Wer Asbestfasern ausgesetzt war, kann noch vierzig Jahre später daran erkranken. Doch allfällige Schadenersatzansprüche verjähren nach zehn Jahren. Das will die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats jetzt ändern. Sie fordert den Bundesrat mit einer Motion auf, die Verjährungsfristen bei unerlaubten Handlungen so zu verlängern, dass das Haftpflichtrecht auch bei Spätschäden greift. Sie denkt dabei an den Umgang mit Substanzen wie Asbest, aber auch an Baumängel, die sich erst nach längerer Zeit auswirken. Mit der Frage der Verjährung im Zusammenhang mit Asbest muss sich auch das Bundesgericht beschäftigen. Es erhält in diesen Tagen eine Beschwerde gegen den Entscheid der Glarner Justiz, die Straftuntersuchung gegen Verantwortliche der Firma Eternit einzustellen. Diesen wird vorgeworfen, Arbeiter nicht genügend gewarnt und geschützt zu haben. (cl)

Auch Jahrzehnte später klagen, Seite 3



- Wir sind alle Abzocker: Wie der normale Bürger den Staat austrickt.
- Mmmmmhhhhh! Max Küng frisst sich durch Italien.

Dieses Wochenende auf www.tagesanzeiger.ch

Bern - Wahlkampf-Finale der CVP.
Zürich - Miss-Schweiz-Wahl.
Fußball - Länderspiel gegen Österreich.
Umfrage - Soll Al Gore als Präsident kandidieren?

Todesanzeigen	22
Gottesdienste	23
Leserbriefe	25
Börse	33-37
Rätsel	51
Wetter	52
Fernsehprogramme	56-59
Veranstaltungen	62

FRIEDENSNOBELPREIS AN AL GORE UND DEN UNO-KLIMARAT IPCC

Ein Aufruf zu raschem Handeln

Der Friedensnobelpreis an den Umweltaktivisten Al Gore und den Uno-Klimarat IPCC erinnert daran, wie weit Politik und Wissenschaft noch entfernt sind.

Von Martin Läubli

Das Komitee für den Friedensnobelpreis hat gestern in Oslo ein überraschendes Zeichen gesetzt: Es hat gleichsam einem politischen Umweltaktivisten und einer wissenschaftlichen Organisation die höchste Auszeichnung verliehen, die es gibt. Der Friedensnobelpreis an den Ex-US-Vizepräsidenten Al Gore und den Uno-Klimarat IPCC vereint symbolisch Politik und Wissenschaft.

Das ist bemerkenswert. Das Komitee in Oslo hat zusammengebracht, was auch nach jahrzehntelanger internationaler Klimadebatte nach wie vor eine unverbindliche Beziehung ist. Die Politik ist weit davon entfernt, nach den Erkenntnissen der Wissenschaft zu handeln.

Der IPCC hat Anfang Jahr eine klare Botschaft verkündet. Der Mensch ist der Hauptschuldige an der globalen Klimaerwärmung. Die gemessenen Daten und Computermodelle lassen keine Zweifel mehr aufkommen. «Es geschieht etwas, was in den letzten 650 000 Jahren noch nie passiert ist», warnt der IPCC-Vorsitzende Rajendra Pachauri. Das Eis der Arktis ist noch nie so dramatisch geschmolzen, seit Satelliten vor dreissig Jahren begannen, die nördlichsten Breiten zu beobachten.

Für die IPCC-Forscher ist sicher: Manche Ökosysteme werden aus dem Gleichgewicht geworfen, wenn es auf der Erde um mehr als zwei Grad wärmer wird als in der vorindustriellen Zeit. Welche Probleme dann in wenigen Jahrzehnten auf uns zukommen können, dokumentiert



Al Gore zeigte sich am Freitag im kalifornischen Palo Alto «zutiefst geehrt».

eine aktuelle Nachricht. Der Getreidepreis ist unter anderem so hoch wegen der Dürre in Australien. Viele Länder, namentlich in Afrika, können sich den teuren Getreideimport nicht leisten. Wo sich Hunger und Dürre ausbreiten, sind Konflikte und Flüchtlingsströme nicht weit. Der Klimawandel gefährdet den Frieden.

Trotz dieser Warnungen und der deutlichen Zeichen bleibt eine überzeugende Klimapolitik bisher Wunschdenken. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an Al

Gore und den IPCC ist ein lauter Ruf zum endlich konsequenten Handeln. Viele Politiker wie auch Bundesrat Moritz Leuenberger haben gestern deshalb erfreut reagiert und setzen Hoffnungen in dieses Zeichen aus Oslo.

Doch die Aufgaben sind herkulisch. Der Kyoto-Klimavertrag war ein kleines Schritchen. Was die Industrieländer an klimaschädlichen Treibhausgasen bis 2012 reduzieren sollten, wird durch den steigenden Energieverbrauch bei weitem

kompensiert. Noch schlimmer: I lauf der Emissionen seit dem Jaß übertrifft die Erwartungen des p schen Szenarios, das der IPCC E 1990er-Jahre gemacht hat. Der w Hunger nach Erdöl, Erdgas und neutralisiert die gemachten Fort durch Produkte, die mehr Energ

Die letzte Klimakonferenz vo Jahr in Nairobi gab keinen Anlas Optimismus. Ebenso wenig die j Treffen auf höchster politischer Die USA wollen nach wie vor ih nen Weg gehen. China und Indie auf Gerechtigkeit, damit auch är: Staaten sich wirtschaftlich und g schäftlich entwickeln können. Di die Schweiz sind stark auf dem F ben den Beweis aber noch nicht ten, dass sie ihre Ziele für die Re der Treibhausgas ohne Einschr konsequent verfolgen

Der Friedensnobelpreis stärkt maforscher und gibt ihren Warn eine grössere Bedeutung. Jetzt w Zeitpunkt, mehr Druck auf die P die Wirtschaft zu machen. Die D tie bietet hier die beste Vorausse Denn der IPCC sieht nur einer im weltweiten Klimaschutz, wen Riesenschritten in den nächsten Jahrzehnten vorwärts geht. Das h die Periode nach Ablauf des Kyo kolls 2012 müssen scharfe Redukt massnahmen festgelegt werden. gend ist die Vorsorge, um gegen Dürre und Hochwasser, also die des Klimawandels, gewappnet zu

Trotzdem wäre es naiv, nun de schen Durchbruch zu erwarten. I die Furcht zu gross, ein starker K schutz könnte die Wirtschaft bev den Wohlstand allzu arg einschrü

An der nächsten Klimakonferen nigen Wochen in Bali werden i welche Kraft der einst bedeutendc densnobelpreis bei den Regierung heute noch hat.

Weitere 1

China will vier Millionen Menschen umsiedeln

Peking. - Hänge rutschen wegen der Erosion über Kilometer ab, das Wasser wird vergiftet: Der gigantische Dreischluchten-damm macht China riesige Probleme. Nun sollen weitere vier Millionen Menschen umgesiedelt werden. Seite 9

Lokführer-Streik führt zu langen Staus

Frankfurt. - In Deutschland fielen am Freitag wegen des Streiks von 1500 Lokführern Tausende Nahverkehrszüge aus. Weil viele Pendler aufs Auto umstiegen, kam es in den Ballungszentren zu langen Staus auf den Strassen. Seite 28

SF bittet private Stationen zur Kasse

Zürich. - Mittelpunkt des Geschehens am kommenden Wahlsonntag ist das Fernsehstudio in Zürich. Private Radio- und TV-Stationen, die vor Ort sein wollen, müssen dafür happig zahlen. Seite 15

Kloten Flyers siegen weiter - 5:3 in Langnau

Langnau. - Zweiter Sieg für die Flyers innert drei Tagen. In Langnau machten sie aus einem 0:2 ein 3:1. Weil auch Rapperswil siegte (3:0 in Basel), liegt der ZSC nun sieben Punkte unter dem Strich. Seite 45

SVP-Video kommt doch vor Gericht

Biel. - Die Vergleichsverhandlungen zwischen den Jugendlichen im SVP-Wahlvideo «Himmel oder Hölle» und der SVP Schweiz sind gescheitert. Der Zürcher Kantonsrat und Nationalratskandidat Bruno Walliser hatte das Video trotz superprovisorischer Sperre offenbar an einer Veranstaltung gezeigt. Gestern verfügte der zuständige Richter auf Antrag der Anwältin der Jugendlichen die Wiederaufnahme des Verfahrens. Die Jugendlichen waren im Ungewissen darüber gelassen worden, dass sie für ein Propagandavideo auftraten. (st) «Himmel und Hölle» holt SVP ein, Seite 5

Wohneigentum: Preise steigen sta

Zürich. - Wohneigentum in der wird ungebremst teurer. Im dritte 2007 stiegen die Preise für Eigentungen und Einfamilienhäuser um schätzungsweise 2,2 Prozent. Innert J sind Wohnungen damit um über 1 und Häuser um über 8 Prozent t worden, wie einer Erhebung des tions- und Ausbildungszentrums mobilien (IAZI) zu entnehmen i sichts der zuletzt starken Ba rechnen Experten künftig mit wen ken Preissteigerungen. (rm) Wohneigentum teurer und teurer.



Heute im Kulturbund: das aktuelle CARTE BLANCHE-Angebot.

Abo-Service: 044 404 84 84, Fax: 044 404 69 04, aboservice@tages-anzeiger.ch; Verlag: 044 248 41 11; Inserate: Tel. Annahme: 044 248 41 41 (7.30-12.15 und 13.00-18.00 Uhr), Fax: 044 248 41 91, www.adbox.ch, E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch; Redaktion: 044 248 41 11, Fax: 044 248 41 71; E-Mail: redaktion@tages-anzeiger.ch; Wordstrasse 21, 8004 Zürich, Briefe: Postfach, 8021 Zürich, AZA



